

## 90 Jahre Landeskirchliche Kredit-Genossenschaft Sachsen

### Die mutigen Pioniere der Kirchenbanken

Die Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-Bank ist reich an Tradition. Ihre Wurzeln reichen bis in die Anfänge der evangelischen Kirchenbanken zurück. Als genossenschaftliche Selbsthilfeeinrichtung ins Leben gerufen setzt sie sich aus Darlehns-genossenschaften zusammen, die einst in Dresden, Münster, Magdeburg und Duisburg von bedeutenden Theologen mitgegründet wurden. Die Landeskirchliche Kredit-Genossenschaft Sachsen (LKG), die heute die Bank für Kirche und Diakonie in Sachsen repräsentiert, ist die erste deutsche evangelische Kirchenbank überhaupt und wird im Oktober 2015 90 Jahre alt.

### Hugo Hickmann und die Gründung der LKG

Begonnen hatte die Geschichte der „Landeskirchlichen Kredit-Genossenschaft Sachsen eG“ (LKG) in den 1920er Jahren. Nach dem Ersten Weltkrieg setzten Kriegslasten und Reparationszahlungen eine zunehmende Inflation in Gang, die das Vermögen großer Teile der Bevölkerung entwertete. Als sich im November 1923 mit der neugeschaffenen Rentenbank und deren zwangsweiser Belastung von Grundbesitz und Betriebsvermögen ein Ende der Inflation abzeichnete, waren jegliches Geldvermögen und das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung vernichtet. Auch an der Kirche ging diese Entwicklung nicht spurlos vorbei. Kircheneinnahmen wurden über Nacht praktisch wertlos. Mehrfach trat Zahlungsunfähigkeit ein, sodass sogar die Führung der Landeskirche von Schuldhafte bedroht war.

Eine schwierige Lage – auf dem Gemeindetag 1924 in Grimma setzen sich deswegen die Kirchenverantwortlichen von Sachsen zusammen. Unter der Führung des 47-jährigen Vizepräsidenten der evangelisch-lutherischen Landesynode von Sachsen, Hugo Hickmann (1877 bis 1955), entstand die Idee, ein kirchliches Geldinstitut zu gründen. Der Theologe Hickmann besaß damals ein gutes Netzwerk – war er doch auch seit 1922 Mitglied im Sächsischen Landtag. Das Ziel der neuen Bank sollte kirchlicher Selbsthilfe angesichts akuter finanzieller Notlage dienen. In einem Aufruf zum Beitritt der Kirchengemeinden in die „Landeskirchliche Kreditgenossenschaft für Sachsen“ schrieb im August 1925 der Kirchenvorstand: „Die Kreditgenossenschaft hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst alles verfügbare Geld der Kirchengemeinden unseres Landes sowie der sonstigen kirchlichen Körperschaften nun wieder rein kirchlichen Zwecken dienstbar zu machen. [...] Alle bei ihr eingelegten Gelder sollen verzinst werden zu einem Satze, der auf dem gewöhnlichen Bankwege meist nicht erreichbar ist.“ Im Sinne der Gemeinnützigkeit sollte nicht der hohe Gewinn in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Handels rücken, sondern die Gewährung günstiger Konditionen für die Mitglieder.

Die Idee überzeugte. Nur wenige Monate später, am 2. Oktober 1925, gründete Hickmann im Ständehaus Dresden die erste evangelische Kirchenbank in Deutschland –

die Landeskirchliche Kredit-Genossenschaft für Sachsen. Er wurde der erste Vorsitzende.

Mit Machtergreifung der Nationalsozialisten verlor Hickmann an Einfluss. 1933 schied er aus dem sächsischen Landtag aus. Er verlor zudem seine kirchlichen Ämter und wurde als Gymnasialprofessor in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. All das konnte ihn jedoch nicht davon abhalten, als Domherr in Meißen und als Ausschussvorsitzender der Deutschen Bibelgesellschaft weiter Kritik am NS-Regime zu äußern. Die Folge: Die Nazis erteilten ihm Redeverbot.

Die Kirchenleitung wurde weitgehend „gleichgeschaltet“ – und auch die LKG-Gremien. Unabhängig von politischen und kirchlichen Auseinandersetzungen entwickelte sich der Bankbetrieb allerdings gut. 1937 zog sie sogar noch in die repräsentative Geschäftsstelle in der Moritzstraße 19. Auch nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lief das Tagesgeschäft zunächst regulär weiter. Bis zur Bombennacht am 13. Februar 1945. In Vorahnung nahmen am Abend vor dem Feuersturm die Bankmitarbeiter die wichtigsten Unterlagen mit nach Hause. Tatsächlich zerstörte der Bombenangriff das Gebäude, in dem auch die Bank untergebracht war, komplett. „Alle anwesenden Bewohner des Hauses kamen dabei ums Leben“, berichtet Zeitzeugin Ilse Rentsch (1910 bis 1995) in ihren Erinnerungen 1981 über die Dresdner Bombennacht. Rentsch hatte 1937 bei der LKG als Bilanzbuchhalterin angefangen, war zwischen 1956 und 1976 Direktorin und von 1961 bis 1988 Vorstandsmitglied. „Der Keller hatte standgehalten. Aber die Menschen waren erstickt oder durch andere Umstände ums Leben gekommen“, schreibt Rentsch über das zerstörte Gebäude. „Als wir Wochen später in den Keller einstiegen, standen die Stühle noch unversehrt da. Es fanden sich auch Einweckgläser und mancher Hausrat, Koffer usw. Die Toten waren weggebracht worden. Wir waren tief erschüttert. Tage später öffnete uns ein Schlosser den durchgebrochenen Geldschrank. Alle darin befindlichen Unterlagen waren verkohlt oder zerfielen unter unseren Händen, ebenso Geldbündel. Da gab es nichts mehr zu retten.“

Da Ilse Rentsch wie ihre Kollegen am Tag vor der Bombennacht die wichtigsten Buchungsunterlagen mitgenommen, konnten die Mitarbeiter trotz des Schocks und der Trauer die Bilanz der Genossenschaft zum 13. Februar und zum 28. Februar 1945 aufstellen. Da auch die Bestände sämtlicher Konten bekannt waren, nahmen sie den Geschäftsbetrieb in einem provisorischen Büro bald wieder auf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erteilte die sowjetische Militär-Administratur der Kreditgenossenschaft die Genehmigung zur Wiederaufnahme des Bankbetriebes. Im Januar 1946 schreibt die Bank in einem Brief an die Mitglieder und Geschäftsfreunde: „Wir haben unverzüglich wieder unsere Arbeit aufgenommen [...] Sehr begrüßenswert wäre es, wenn jede Kirchengemeinde und jede kirchliche Anstalt ein Konto bei uns eröffnen ließen, auf dem die vorübergehend nicht benötigten Gelder zinsbar angelegt würden. Wir führen in unseren Büchern viele Privatkonten. Wäre es nicht möglich, dass auch jeder Pfarrer und jeder Kirchbeamte ein Sparkonto für sich oder seine Familie bei unse-

rem Institut unterhalten würde? Im Interesse unserer guten Sache würden wir uns darüber herzlich freuen.“ Ein Aufruf mit Folgen: Langsam entwickelte sich wieder das Geschäft.

Hugo Hickmann hatte sich nach Kriegsende einer neuen Aufgabe gestellt – dem Aufbau der Ost-CDU. 1946 ließ er sich wieder in den Landtag wählen und wurde dessen Vizepräsident. 1948 übernahm er zudem das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden der Ost-CDU. Parteivorsitzender war Otto Nuschke, der bis 1957 auch das Amt des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR innehatte. Hickmann blieb sich auch in dieser Zeit treu und nahm kein Blatt vor den Mund: Als seine Kritik gegenüber der SED immer lauter wurde, wuchs die Zahl seiner Feinde nicht nur außerhalb seiner Partei, sondern auch bei seinen SED-unterwanderten Unionsfreunden. Seine Rede vor dem sächsischen Landesvorstand am 6. Januar 1950 verschärfte die gegen ihn laufenden Angriffe: Er stellte die führende Rolle der SED in Frage, verteidigte die private Wirtschaft und warnte eindringlich vor einer Trennung der DDR von Westdeutschland. Zudem forderte er die vollständige Eigenständigkeit von Parteien und äußerte seine Zufriedenheit, dass „wenigstens der westliche deutsche Staat unter Führung von Konrad Adenauer ein christlicher Staat“ sei. Als Folge stürmten am 23. Januar 1950 SED-Gruppen in Dresden mit Parolen wie „Hängt sie auf, die Sau!“ die Landesgeschäftsstelle der Ost-CDU und forderten Hickmanns Rücktritt. Wenige Tage später, am 29. Januar, gab Hickmann auf. In der Sitzung des Politischen Ausschusses seiner Partei verkündete er: „Obwohl ich mich mit meinem Landesverband aufs engste verbunden fühle und gebeten worden bin, nicht von mir aus vom meinem Amte als Landesverbandsvorsitzender zurückzutreten, hat sich in der gegebenen Situation erwiesen, dass meine Weiterarbeit als Landesverbandsvorsitzender unmöglich geworden ist. Ich verzichte darum auf die weitere Ausübung dieses Amtes sowie auf die Stellung als zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes“. Im Sommer wurde er von der Partei ausgeschlossen. Offiziell war er nur noch Vorsitzender der sächsischen Hauptbibelgesellschaft, galt jedoch bis zu seinem Tod am 30. Mai 1955 als wichtiger Verbindungsmann der Exil-CDU in Sachsen. Seine Gegner allerdings ließen nicht locker: Nach seiner Beerdigung auf dem Friedhof in Langebrück durfte nichts an ihn erinnern. Sie duldeten noch nicht einmal den Namen auf seinem Grab.

Die längst verdiente Ehrung wurde ihm erst vor zwei Jahren zuteil: Seit 2013 erinnert an ihn eine neue Straße in seinem letzten Wohnort Langebrück im Norden von Dresden.

Auch für die LKG war eine Arbeit im ursprünglichen Sinn spätestens ab Ende der fünfziger Jahre nicht mehr möglich. Sowohl Kreditwesen als auch Konditionen wurden vom DDR-Staat reglementiert. Für die Geschäftsführung der LKG begann ein mühsames Taktieren zwischen staatlicher Planvorgabe und kirchlicher Selbsthilfe. Dieser Spagat funktionierte immerhin so gut, dass die Kredit-Genossenschaft nicht schließen musste und bis 1990 sogar über zwei Millionen Mark Spendengeld für Projekte in Kirche und Innerer Mission ermöglichte.

Es ist erstaunlich, dass das DDR-Regime die Sonderstellung der LKG im Rahmen des Verbandes der Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe tolerierte. Ein Grund ist sicherlich, dass der LKG eine Alibifunktion zufiel: Durch die Existenz einer Kirchenbank konnte der Staat Liberalität vortäuschen. Im Zentrum von Dresden war die Bank jedenfalls nicht mehr präsent. Das änderte sich erst nach dem politischen Neubeginn 1990. Die LKG kehrte mit ihren Geschäftsräumen in die Innenstadt zurück – mitten ins Zentrum neben die traditionsreiche Kreuzkirche.

### **Martin Niemöller und die westfälischen Wurzeln**

Als Bankier kennt ihn wohl kaum einer, eher als bedeutenden Theologen: Martin Niemöller (1892 bis 1984). Dennoch ist die Gründung der Darlehensgenossenschaft der Westfälischen Inneren Mission eGmbH in Münster am 14. Juli 1927 vor allem seinem Engagement zu verdanken. Dass es so weit kam, ist das Ergebnis einer Reihe von biografischen Zufällen: Nach seiner Zeit als U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg studierte Niemöller Theologie – ein gewagter Schritt „vom U-Boot zur Kanzel“, wie es im Buchtitel seiner späteren Autobiographie heißt. Und obwohl er 1923 erst Vikar war, wurde er zum ersten hauptamtlichen Vereinsgeistlichen der Westfälischen Inneren Mission, dem Vorläufer des heutigen Diakonischen Werkes, in Münster berufen – für ihn ein „Kommando in Wohlfahrt“.

Agil und interessiert wie er war, erkannte er schnell die schlechte Finanzsituation bei Kirchengemeinden, Anstalten, Werken und Einrichtungen der Inneren Mission. „Für den Bedarf der Einrichtungen und Anstalten Geld aufzutreiben, war bei der sich entwickelnden Finanzkrise immer schwieriger geworden und wurde am Ende des Jahres unmöglich“, sagte Niemöller 1977 anlässlich der 50-Jahr-Feier der Bank in Münster. Landesbanken und Sparkassen hätten zwar überwiegend die laufenden Geldbestände der mehr als 400 evangelischen Kirchengemeinden und alle flüssigen Mittel der Einrichtungen und Anstalten der Inneren Mission verwaltet, seien aber angesichts der wachsenden Geldknappheit nicht mehr bereit gewesen, Darlehen an kirchliche Stellen zu vergeben.

So überlegten Niemöller und sein kaufmännischer Geschäftsführer der Innern Mission, Victor Rohdich, „die laufenden Gelder, zunächst der Inneren Mission, innerhalb des Verbandes selbst zu verwalten und aus ihnen die liegengeliebten und geplanten Einrichtungen kurzfristig selbst zu finanzieren. Das war der Anfang der Darlehensgenossenschaft der Westfälischen Inneren Mission eGmbH“, meinte Niemöller später. Zunächst versuchte er, die Westfälische Provinzialsynode zu überzeugen, einer provinzialkirchlichen Kasse zuzustimmen. „Der Gedanke konnte nur langsam Fuß fassen, da in unseren evangelisch-kirchlichen Kreisen gegen eigene finanziell-wirtschaftliche Unternehmungen von alters her eine tiefe Abneigung besteht“, sagte Niemöller. So stießen in Westfalen die Pläne zur Schaffung einer „provinzialkirchlichen

Kasse“ in vielen beteiligten kirchlichen Gremien tatsächlich nicht unbedingt auf einheitliche Freude. Pfarrer Niemöller, umtriebig und pragmatisch, ließ sich jedoch nicht beirren. Während sein Mitstreiter Rohdich, das kaufmännische Hirn der zukünftigen Bank, die Idee weiterentwickelte, eigene Mittel zu sammeln und damit notleidenden und kreditbedürftigen Einrichtungen zu helfen und finanziell unter die Arme zu greifen, baute Niemöller eine Lobby der Unterstützer auf. So schrieb er im März 1927 auch an den Betheler Anstaltsleiter Friedrich von Bodelschwingh: „Entschuldige, wenn ich Dich im Urlaub störe, aber ich möchte die Darlehns Genossenschaft unter Dach bringen: Auch Dich haben wir einstimmig in den Aufsichtsrat gewählt, und nun möchte ich Dich herzlich bitten, mir baldigst auf dem anliegenden Formular Deine Annahme der Wahl zu erklären, damit wir die Unterlagen für die gerichtliche Eintragung zusammen bekommen. Die Pflichten sind ja, was die Zeit anbelangt, nicht übermäßig schwer zu erfüllen...“ Schon früh zeigte sich auch in dieser Arbeit für die zukünftige Genossenschaft Niemöller Organisations- und Überzeugungstalent, die in seinem späteren Leben noch deutlicher zu Tage treten sollten.

Victor Rohdich konzipierte das Statut und sorgte später für die korrekte Abwicklung der Geschäfte der neuen Bank. Ihren Geschäftsbetrieb nahm sie im Kellergeschoss des Hauses Erphostraße 60 auf, das zugleich Sitz des Provinzialverbandes und auch Pfarrhaus der Familie Niemöller war. Schon Anfang 1928 waren ihr 109 Mitglieder beigetreten, die 187 Anteile gezeichnet hatten. Die Darlehns Genossenschaft etablierte sich als Fels in der Brandung – im Jahresbericht 1931 heißt es: „Auch die allgemeine Wirtschaftskrise, die wir gegenwärtig erleben, hat der Genossenschaft nichts anhaben können.“ Vor allem der Stolz, einen wichtigen Anteil zur Sicherung und Ausweitung diakonischer Arbeit in Westfalen in Zeiten des Börsencrashes 1929, aber auch für Zeit danach geleistet zu haben, überwog trotz aller späteren Mammonismus-Kritik beim 85-jährigen Niemöller: „Der Geschäftsumfang wuchs nur langsam und zögernd, entwickelte sich dann aber über Erwarten gut. Wir waren am „schwarzen Freitag“ im Oktober 1929 in ganz Münster die einzige Kasse, die ihre Zahlschalter nicht vorzeitig schließen musste.“

Trotz des großen Erfolges wechselte Niemöller 1931 nach Berlin und übernahm in Dahlem eine Pfarrstelle. Die NS-Zeit konnte die Bank nur durch die Diplomatie der damaligen Geschäftsführung überstehen. Karl Klöber, der von 1928 bis 1975 dem Vorstand angehört hatte, schrieb 1977 in der Jubiläumsausgabe: „Der Geschicklichkeit der Geschäftsorgane und der Geschäftsführung ist es zu verdanken, dass dem politischen Bestreben nach Auflösung der Genossenschaft im Dritten Reich ausgewichen werden konnte.“ Auch den Zweiten Weltkrieg überstand die Bank relativ unbeschadet. Die Währungsreform der jungen Bundesrepublik erschwerte zwar das Geschäft der Darlehns Genossenschaft erheblich – viele Kunden legten ihr Geld zunächst in andern Bankhäusern an. Aber sie erholte sich und wuchs von da an kontinuierlich.

Die entscheidende Veränderung ihrer Geschichte begann für das Münsteraner Geldhaus im Jahr 2000. Um ihr Online-Banking aufzubauen und grundsätzlich bessere Sy-

90Jahre-Texte zum Jubiläum-190515-hm.docx

nergieeffekte zu erzielen, kooperierten die Westfalen mit der Duisburger Bank für Kirche und Diakonie. Diese wurde 1953 als „Darlehnsgenossenschaft der Evangelischen Kirchengemeinden und -Verbände und der kirchlichen Werke im Rheinland eGmbH“ gegründet (siehe folgendes Kapitel „Der rheinische Ursprung“). Beide Banken waren auf die Betreuung der Evangelischen Kirche und der Diakonie spezialisiert und boten Dienstleistungen für Privatkunden an – ein ideales Paar also. Für eine Kooperation gründeten die zwei Finanzinstitute daher eine Dienstleistungsgesellschaft mit Sitz in Münster. Als Spezialbanken boten beide die Produkte einer Universalbank an. Ihre Geschäftsgebiete überschneiden sich nicht.

Unter dem Vorstandsvorsitz von Joachim Hasley, BKD, und Günter Mederer, DGM, überzeugten die Synergien und die positiven Bilanzzahlen beider Unternehmen die Generalversammlungen in Münster und Duisburg drei Jahre später, einer Fusion zuzustimmen. Die Anteilseigner wollten damit den wachsenden Ansprüchen des Bankenmarktes noch besser gerecht werden.

### **Der rheinische Ursprung**

Sein Name schien Programm: Heinrich Held (1897 bis 1957) trug nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden zum strukturellen Aufbau der rheinischen Kirche bei. Der Präses der rheinischen Landeskirche war er nicht nur Mitgründer des Hilfswerks der EKD und des Deutschen Evangelischen Kirchentages, sondern auch maßgeblicher Unterstützer der Gründung einer Kirchenbank fürs Rheinland. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts gab es im Rheinland Diskussionen über eine kirchliche Darlehnskasse. Doch die Furcht vor Haftungsrisiken und Unsicherheiten über Organisation und Auswirkung in den Presbyterien und Kreissynoden ließen die Pläne zunächst im Sande verlaufen. Neue Entwicklungen, vor allem die Trennung von Staat und Kirche aufgrund der Weimarer Verfassung, ließen die Diskussionen ab 1924 wieder aufleben. Wieder überwogen die Bedenken. Wieder wurde der Plan aufgegeben.

Erst 1951 brachte der Duisburger Superintendent Otto Vetter das Thema erneut auf den Tisch. Nationalsozialismus und Krieg hatten Kirchen und Gemeindehäuser zerstört, aber auch das Vertrauen und die Bindungen der Menschen zueinander. Gegenseitige Solidarität und Selbsthilfe waren wieder besonders gefragt. Dass bereits rheinische Kirchengemeinden Verhandlungen mit Westfalen führten, um bei der dortigen Genossenschaftsbank Anschluss zu gewinnen und Kundenkontakte aufzubauen, gab der Sache einen zusätzlichen Schub. Präses Held warb für eine eigene Bank im Rheinland schließlich mit dem Argument, dass ein gerechter Finanzausgleich unter den Gemeinden der Sache „einen tiefen theologischen Hintergrund“ gebe. Es wirkte: Am 28. September 1953 wurde das neue Finanzinstitut unter dem Namen „Darlehnsgenossenschaft der Evangelischen Kirchengemeinden und -Verbände und der kirchlichen Werke

im Rheinland eGmbH“ gegründet. Pfarrer Otto Vetter wurde zum Vorstandsvorsitzenden gewählt. Held übernahm den Aufsichtsratsvorsitz.

Am 1. November 1953 begann Geschäftsführer Walther Fuchs in einem Ein-Mann-Büro in der Vom-Rath-Straße 22 in Duisburg mit seiner Arbeit – mit einer Bilanzsumme von einer Millionen Mark. Für den Kundenverkehr stand ihm damals nur eine Telefonleitung zur Verfügung. Sparbücher mussten lange per Post hin- und hergeschickt werden. Dennoch wuchs das Geschäft kontinuierlich. Mitarbeitende wurden eingestellt, neue Büroräume mussten gesucht werden.

Ein Jahr nach Gründung vereinfachten die Gründer den Namen ihrer Bank in „Darlehns-genossenschaft Evangelischer Kirchengemeinden im Rheinland eGmbH“. 21 Jahre später entschied sich die Generalversammlung den Namen durch den Zusatz „Bank für Kirche und Diakonie eG“ zu ergänzen. 1976 wurde schließlich beschlossen, nur noch den kürzeren Firmennamen „Bank für Kirche und Diakonie eG“ zu führen. In dem Namen sollte die Aufgabenstellung der Bank klar erkennbar sein und die Verbundenheit mit der Diakonie ausdrücken.

### **25 Jahre Bank für Kirche und Diakonie in Berlin und Magdeburg**

Nach einer guten und stetigen Entwicklung der Bank für Kirche und Diakonie in den 1980er-Jahren ging es Ende des Jahrzehnts plötzlich ganz schnell: Bereits neun Tage nach Mauerfall am 9. November 1989 trafen sich Banker und hochrangige Kirchenvertreter aus Ost und West beim Geburtstagsempfang von Nikolaus Becker. Becker war damals Vorstandsvorsitzender der Bank und juristischer Dirigent des Landeskirchenamts in Düsseldorf. Kirchen- und Finanzvertreter diskutierten intensiv über die „Provinzialkirchliche Spar- und Darlehns-genossenschaft für die Provinz Sachsen eGmbH“ in Magdeburg – kurz Prosparda. Sie sollte Partner für eine Berliner Neugründung der Duisburger Bank für Kirche und Diakonie werden.

Prosparda – eine kleine, aber feine östliche Kirchenbank, die in der DDR-Zeit zwar ein Nischendasein führen musste, aber bereits eine große Geschichte hinter sich hatte: Sie gehört zu den evangelischen deutschen Kirchenbanken der erste Stunde. Am 21. Juni 1926 beschloss der Provinzialkirchenrat der Provinz Sachsen auf Anregung eines Synodalen, des Kaufmanns Otto Gentsch, eine kirchliche Kreditgenossenschaft für die Provinz Sachsen zu gründen. Am 18. Februar 1927 setzten sieben Gemeinden und kirchliche Verbände aus Halberstadt, Halle an der Saale, Erfurt und Magdeburg die Gründung in die Tat um. Am 26. Februar 1927 wurde die „Provinzialkirchliche Spar- und Darlehns-genossenschaft für die Provinz Sachsen eGmbH“ in das Register der Stadt Magdeburg eingetragen. Im Vorstand saßen der Synodale Otto Gentsch und Konsistorialrat Ewald Sieber. Knapp drei Wochen später, am 15. März verkündete das „Kirchliche Amtsblatt“ stolz: „Wir erblicken in der Gründung der Genossenschaft einen, wie wir hoffen, erfolgreichen Versuch, einen möglichst vorteilhafte Kreditbeschaffung und

günstige Kapitalanlage für die Kirchengemeinden der Provinz zu erreichen [...] und können deshalb den Beitritt nur dringend empfehlen.“

Die Prosparda überlebte die Wirtschaftskrise der 20er Jahre, die Skandale der Genossenschaftswesens Ende der 30er Jahre, den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Auch in der DDR gelang es ihr, ihre Existenz in einem extrem kirchenfeindlichen Umfeld zu retten. Sie wurde als evangelische Institution zwar nur geduldet und durfte keinen Nachwuchs ausbilden. Dennoch wuchs sie in bescheidenem Maße: Ihr Kreditvolumen tendierte wegen der staatlichen Reglementierungen gegen null – Wertpapiergeschäfte gab es gar nicht. Doch die Spareinlagen wuchsen kontinuierlich. Auch ihre Mitgliedszahl stieg: von 570 im Jahr 1947 bis 683 im Jahr 1990.

In der Wendezeit fiel nun ausgerechnet der Prosparda eine Schlüsselrolle zu. Nach dem Geburtstagsempfang bei Nikolaus Becker hatten sich die Pläne für ein Kirchenbank-Start-up gefestigt: Der Rat der damaligen Evangelischen Kirche der Union und die Duisburger Bank für Kirche und Diakonie wollten die Prosparda zum Kerninstitut der neu zu gründenden „Bank für Kirche und Diakonie Ost“ machen – mit Sitz in Berlin.

Am 24. April 1990 tagte deswegen zunächst die ordentliche Generalversammlung der Prosparda in Magdeburg, um über eine mögliche Gründung zu beraten. Vorstandsmitglied Joachim Hasley aus Duisburg war auf Einladung des Aufsichtsratsvorsitzenden Gerhard Schlegelmilch zu Gast. Auf Hasley wirkte die Versammlung in einem kleinen Raum mit etwa 25 Personen wie aus vergangenen Zeiten. Die Teilnehmer packten ihre Butterbrote in der Sitzung aus. Im Protokollbuch wurde während der Verhandlungen gleichzeitig handschriftlich Protokoll geführt. Dem Erfolg der Verhandlung tat diese unkonventionelle und lockere Arbeitsweise jedenfalls keinen Abbruch. Im Gegenteil. Gut sechs Wochen später waren Umfirmierung und Sitzverlegung perfekt: Am 21. Juni 1990 wurde beides beim Amtsgericht Magdeburg eingetragen.

Hasley und Prokurist Konrad Matyba aus Duisburg wurden zunächst zur Unterstützung des hauptamtlichen Vorstands in Berlin als Vorstandsmitglieder bestellt. Das „Banken-Start-up“ zog in zwei Räume eines Büros im Hinterhaus in der Auguststraße 80 in Berlin um. Dort hatten auch der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche der Union Ost ihre Geschäftsräume. Aufsichtsratsvorsitzender wurde Superintendent i.R. Schlegelmilch, Rita Mertens erste Vorstandsvorsitzende.

Rechtlich stellten die rheinische und die neue Berliner Bank zunächst zwei selbstständige Institute mit jeweils eigenem Kundenkreis dar. Erst ab dem 1. Juli 1990 konnten westliche Kreditinstitute mit ehemaligen DDR-Banken fusionieren. Nach einigen juristischen Hürden wurde die Fusion am 31. Mai 1991 rechtskräftig. Zum Geschäftsgebiet der Duisburger gehörte nun nicht mehr allein das Rheinland, sondern auch die Regionen der Evangelischen Landeskirche Anhalts, der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, der Pommerischen Evangelischen Kirche und der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.



Am 1. Juli 1990 ging Prokurist Matyba, der heutige Direktor der KD-Bank Berlin, als zuständiger Geschäftsführer ganz nach Berlin. Die Aufbauarbeit der neu formierten Bank bedeutete für ihn „eine unglaublich aufregende und spannende Zeit“. Es war pure Pionierarbeit auf unbekanntem Terrain. „Am Anfang war alles noch sehr bescheiden und wenig professionell. Wir mussten überhaupt erst die Infrastruktur aufbauen – vom Mobiliar und der Sanierung der Räume über die Installation der Bürotechnik bis zur Kooperation mit einem Rechenzentrum. Wir wollten schließlich eine komplette Bank abbilden“, meint Matyba. Auch telefonieren war nicht selbstverständlich. „Unser erstes Funktelefon war zwar groß wie ein Schuhkarton. Damit konnte man aber zumindest störungsfrei in den Westen telefonieren.“

Täglich erreichte die junge Bank eine Vielzahl von Anfragen. Mit der bisherigen personellen Ausstattung war den Bedürfnissen und dem Wissensdrang der Kunden kaum nachzukommen. Duisburg stockte die Mitarbeiterzahl nach Bedarf auf – zu Westgehältern. „Die Kunden hatten einen großen Nachholbedarf, sie wollten alles Mögliche wissen. Oft mussten wir erst einmal grundlegende Dinge erklären: Was ist ein Girokonto, was ein Lastschriftverfahren und was ein Festgeldkonto“, erzählt Matyba.

In den folgenden Jahren hielt er zahllose Vorträge über Finanzierungs- und Vermögensfragen. Die Bank organisierte EDV-Seminare, Schulungen und Regionalveranstaltungen, in denen sie über Bilanzstatistiken, Mindestreserven und Meldungen an Zentralbanken informierte. Fast Tag und Nacht arbeiteten Matyba und seine Kollegen. Zur Ruhe kamen das Team oft erst zu späten Nachtstunde. „Wenn wir von Kundenbesuchen nachts wiederkamen, belohnten wir uns mit einem kleinen Imbiss. Da gab’s dann einen Kringel Fleischwurst und einen Schnaps!“

Am 17. Juni 1991 zog die Bank mit ihren Büroräumen in das Dietrich-Bonhoeffer-Haus, wo sie auch heute noch ansässig ist. Die Mühen der Anfangsjahre haben sich gelohnt. Die Berliner und Magdeburger Filialen sind heute ein wichtiger Bestandteil im Gefüge der Bank für Kirche und Diakonie. Mit der Berliner Zweigstelle zeigt sie heute Präsenz am wichtigen politischen Standort Berlin und ist – auch mit Magdeburg – nah an den Kunden aus den Neuen Bundesländern.

### **Zusammenschluss der Münsteraner DGM und der Bank für Kirche und Diakonie zur KD-Bank im Jahr 2003**

Das Ziel der Bank war immer, die Leistungsfähigkeit für die Mitglieder und Kunden auf hohem Niveau zu halten und den genossenschaftlichen Förderauftrag gewissenhaft und nachhaltig zu erfüllen. Um zukunftsfähig zu bleiben, entschieden die Vorstände und Aufsichtsräte in Duisburg deswegen eine Fusion mit ihrer westfälischen Schwestergenossenschaft einzugehen – der Evangelischen Darlehns-genossenschaft eG Münster (siehe Kapitel „Martin Niemöller und die westfälischen Wurzeln“). Am 30. April 2003 und am 7. Mai 2003 stimmten die Generalversammlungen beider Banken dem Vorhaben zu und verschmolzen rückwirkend zum 1. Januar 2003 zur „KD-Bank eG – die Bank

für Kirche und Diakonie“. Am 3. Juli 2003 wurde die Fusion ins Genossenschaftsregister eingetragen. Günter Mederer übernahm den Vorstandsvorsitz, Joachim Hasley wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Die Banken vereinbarten, eine neue Hauptstelle in der geografischen Mitte von Duisburg und Münster zu bestimmen: Dortmund. Der Standort in Münster wurde aufgegeben. Seit Februar 2006 arbeiten rund 100 Mitarbeitende am Schwanenwall 27 in Dortmund.

### **90 Jahre Landeskirchliche Kredit-Genossenschaft Sachsen (LKG)**

Eine äußerst hübsche Braut – so präsentierte sich die „Landeskirchlichen Kredit-Genossenschaft Sachsen eG“ (LKG) in Dresden vor gut fünf Jahren auf dem deutschen Bankenmarkt. Zum Kundenkreis der ältesten evangelischen Kirchenbank in Deutschland zählten damals 1.500 Institutionen aus Kirche und Diakonie und rund 8.000 Privatkunden. Mit 40 Mitarbeitenden erreichte sie 2009 eine Bilanzsumme in Höhe von 402 Millionen.

Das weckte Interesse bei einigen westdeutschen Kirchenbanken. Den Zuschlag erhielt jedoch die Bank für Kirche und Diakonie aus Dortmund. „Wir hatten zu ihnen das größte Vertrauen“, sagt Manfred A. Fellisch, der damalige Vorstandsvorsitzender der LKG. Am 1. Januar 2010 fusionierten die beiden Banken – eine Verschmelzung, von der beide heute profitieren.

Nach den ersten, nicht nur guten Erfahrungen der Ostdeutschen mit westdeutschen Unternehmen bei Fusionen und Übernahmen gab es 20 Jahre nach der Wende auch bei den Mitgliedern der LKG Skepsis gegenüber Fusionen mit westdeutschen Banken. „Auch meine Begeisterung hielt sich zunächst sehr in Grenzen“, meint Fellisch heute, „aber die Kontakte vor allem zum Münsteraner Zweig der Bank für Kirche und Diakonie waren schon vor der Wende sehr freundschaftlich und vertrauensvoll.“ Bereits wenige Monate nach dem Mauerfall hatte die Darlehns-genossenschaft aus Münster den direkten Kontakt zu den Sachsen gesucht und mit personeller und finanzieller Hilfe den Aufbau des LKG-Kreditgeschäfts tatkräftig unterstützt.

Diese großzügige und schnelle Hilfe und auch das vertrauensvolle Verhältnis zum Vorstandsvorsitzenden der Dortmunder Bank für Kirche und Diakonie, Ekkehard Thiesler, gaben für Manfred A. Fellisch den Ausschlag, seine Anteilseigner und Mitglieder zu überzeugen, dass eine Verschmelzung der richtige Schritt sei. „Mehrere Kirchenbanken hatten ihr Interesse an einer engeren Zusammenarbeit bekundet“, sagt Fellisch. „Für uns kam im Grunde überhaupt nur die Bank für Kirche und Diakonie in Frage. Wir bauten stark auf die früheren, guten Erfahrungen mit den Münsteranern. Und bei den Dortmundern überzeugten uns nicht nur die wirtschaftlichen Zahlen, sondern auch die gesamte Unternehmenskultur – sie tickten im Grunde wie wir.“

Für die LKG kam der Zusammenschluss zur richtigen Zeit. Zwar war die Bank kerngesund, doch die Prognosen zur Anzahl der Gemeindeglieder und zum Kirchensteueraufkommen der nächsten Jahre sahen nicht nur gut aus – sie waren teilweise rück-

läufig. Alternative Quellen zur Geldeinnahme zu finden, wäre für die Sachsen schwieriger geworden. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu bewältigen, wurde insbesondere für kleinere Banken zunehmend zur Herausforderung.

Mit der Bank für Kirche und Diakonie, die zum Zeitpunkt der Fusion eine Bilanzsumme in Höhe von 4,2 Milliarden Euro vorweisen konnte, war nun eine hervorragende Grundlage zum weiteren Wachstum geschaffen. Die Mitglieder beider Banken stimmten im April und Juni 2010 auf ihren Generalversammlungen der Verschmelzung mit großer Mehrheit zu. Sie wurde rückwirkend zum 1. Januar 2010 rechtskräftig. Die „LKG Sachsen“ ist seitdem eine Zweigniederlassung der Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-Bank.

„Gemeinsam handeln – Gutes bewirken.“ – das ist das Leitmotiv, das die Gründer der evangelischen Bankgenossenschaften, die heute unter dem Dach der „Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-Bank“ vereint sind, verbindet und das nach wie vor die Grundlage des Handelns der Bank als Selbsthilfeeinrichtung für Kirche und Diakonie ist.